

Kulturamt

Sitzungsdrucksache Nr. 178/2006  
**-öffentliche Sitzung-****B e s c h l u s s v o r l a g e****TOP: Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) für die Kultureinrichtungen der Stadt Lüdenscheid****Vorgesehene Beratungsfolge:**

Kulturausschuss

**Termine:**

25.10.2006

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Bericht der Arbeitsgruppe, der dieser Sitzungsdrucksache als Anlage beigefügt ist, wird vom Kulturausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die weiteren konkreten Prüfungen, aufbauend auf den Zwischen-/Teilergebnissen der bisherigen Arbeitsgruppe, setzen unverzüglich ein. Zu diesem Zweck wird eine offizielle Arbeitsgruppe eingesetzt.
3. Für externe Beratungen wird im Haushalt 2007 ein Betrag eingestellt, dessen Höhe noch genauer ermittelt werden muss.

Grundlage der Aufgabe:

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

## **Begründung:**

Durch Anträge der CDU-Fraktion im Januar 2006 und der SPD-Fraktion im März 2006 sind Überlegungen hinsichtlich der Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) bzw. einer generell veränderten Organisationsform für die städtischen Kultureinrichtungen ausgelöst worden. Die Verwaltung hat diesen Anstoß der Politik aufgegriffen und sich mit den unterschiedlichen in Frage kommenden Rechtsformen bzw. mit Chancen und Risiken der unterschiedlichen Alternativen auseinandergesetzt. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus den Leiterinnen und Leitern des Kulturamtes und der Kultureinrichtungen hat dazu einen Bericht erarbeitet, der dieser Sitzungsdrucksache beigelegt ist.

Die Anträge der CDU- und der SPD-Fraktion reagieren auf die zunehmend schlechte finanzielle Situation der Stadt Lüdenscheid, in der der Kulturbereich mit seinen klassischen freiwilligen Aufgaben immer stärker in den Focus des Sparens gerät. Einerseits müsste für ein in qualitativer Hinsicht konstantes Angebot aufgrund spürbarer Preissteigerungen mehr Geld ausgegeben werden, andererseits werden die Budgets der Ämter deutlich reduziert, um aus der gegenwärtig schwierigen Situation des Nothaushaltsrechts herauszukommen. Ausgehend von dem formulierten Anspruch sowohl die CDU- als auch die SPD-Fraktion, keine Einrichtung schließen und das Angebot der Kultureinrichtungen sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Sicht aufrecht erhalten zu wollen, muss davon ausgegangen werden, dass dies mit der gegenwärtigen Organisationsstruktur nicht gelingen wird. Insofern ist die Überlegung, hier Veränderungen anzusetzen, der angezeigte Weg.

Der Bericht der Arbeitsgruppe fasst die Beratungen der letzten Wochen zusammen. Die Arbeit der Arbeitsgruppe ist als Sondierung zu verstehen und stellt die Sicht der Fachebene dar. Sie hat sich ausgehend von einer Analyse des Ist-Zustandes mit den unterschiedlichen Alternativen beschäftigt und auf dieser Basis eine Empfehlung für das weitere Vorgehen ausgesprochen. An diesem Punkt muss die konkrete, alle Einzelaspekte betreffende Prüfung ansetzen. Diese muss einerseits zielgerichtet erfolgen, andererseits aber ergebnisoffen sein, da die erfolgte Vorprüfung der Arbeitsgruppe viele Details offen gelassen hat bzw. offen lassen musste.

Für den nun anstehenden konkreten Prüfungsprozess muss ein klar formulierter Prüfungsauftrag erteilt werden. Dieser ist von einer offiziellen Arbeitsgruppe (bestehend aus dem Kulturdezernenten, den Mitgliedern der bisherigen Arbeitsgruppe, erweitert um Vertreter aus anderen Fachämtern) zu erledigen. Für den anstehenden Prüfungs- und Entwicklungsprozess wird neben den Beratungen der internen Arbeitsgruppe externer Beratungsbedarf gesehen. (steuerrechtliche Fragen, juristische Klärungen, Prozesssteuerung, u.a.). Der genaue Umfang und der sich dadurch ergebende Aufwand für die anzuberaumenden Gespräche und Beratungen mit externen Fachleuten/Experten kann nicht exakt benannt werden, da die konkrete Anzahl der notwendigen Termine zu den einzelnen Themenfeldern erst durch den Prozessverlauf bestimmt wird.

Lüdenscheid, den .10.2006

In Vertretung:

Theissen  
Beigeordneter

Anlage